

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Traktandienst: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Commenummer: 25 241.
Nur für Nachgelagerte: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Mai 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus 1,50 Mark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die entgeltliche 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamazeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengelder 10 Pfg. Klausur Anträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neißig & Reichardt in Dresden.
Postfach-Num. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Dr. Stresemann und die Ruhr-Kredite.

Die Vernehmung des Reichsaussenministers im Ruhrenschädigungsausschuß. Die Gewerkschaften beteiligen sich am Empfang Hindenburgs in Berlin. — Die französischen Gemeindevahlen.

„Das Reich anerkennt die Verpflichtung zur Ersatzeleistung.“

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 4. Mai. Vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstags über die der Ruhrindustrie gezahlten Entschädigungen wurde heute vormittag Reichsaussenminister Dr. Stresemann vernommen. Dr. Stresemann, der zur fraglichen Zeit als Reichskanzler den Briefwechsel mit Stinnes geführt hat, erklärte über die Absichten der Parteien bei dem Vertragsabschluss:

Bei den damaligen Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau sind die Verpflichtungen der Reichsregierung weit über den Charakter einer moralischen Verpflichtung hinausgegangen. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß beide Parteien davon ausgegangen sind, daß das Reich eine Verpflichtung übernommen hätte, die auch unter allen Umständen von der anderen Seite einfügbar gewesen wäre. Es geht das hervor aus den Verhandlungen, an denen ich ja wesentlich teilgenommen habe und in denen die Gegenseite eine Erklärung der Regierung forderte mit der Begründung, sie könne den Ruhrbergbau nur dann wieder in Ordnung bringen, wenn es ihr gelinge, Auslandskredite aufzunehmen. Ihre eigenen Mittel reichten dazu in keiner Weise aus. Die Aufnahme ausländischer Kredite sei sehr schwierig. Man brauche ein Instrument, um diese Kredite zu erreichen, und das sei die Verpflichtung der Reichsregierung, nach Ordnung der Reichsfinanzen ihrerseits an die Stelle der Reparationslasten vorkredenden Industrie zu treten.

Herr Stinnes hat einmal bei diesen Verhandlungen den Ausdruck gebraucht: Ich muß, wenn es hart auf hart geht, in der Lage sein, die Erklärung der Reichsregierung eventuell lombardieren zu können, um Geld zu beschaffen. Bei den Verhandlungen der Sechserkommission mit der Weimarer Regierung haben die Herren diese Auffassung auch gegenüber der Weimarer selbst vertreten. Der grundlegende Satz im Protokoll über die Verhandlungen der Reichsregierung am 20. Oktober 1923 lautet: „Das Reich anerkennt die Verpflichtung zur Ersatzeleistung. Die Ersatzeleistung tritt ein, sobald die Reichsfinanzen in Ordnung gebracht sind.“ Am 22. Oktober 1923 haben die Verhandlungen mit der Weimarer stattgefunden. Dabei hat die Sechserkommission naturgemäß von ihrem Standpunkt aus die Verpflichtungen, die sie gegenüber den Beschädigten übernehmen sollte, auf ein Minimum herabzumindern versucht. Der französische Delegierte hat bei diesen Verhandlungen ausgeführt, aus den deutschen Vorschlägen müsse er schließen, daß die Weimarer überhaupt keine Opfer zu bringen beabsichtigten. Die Zahlung der Kohlensteuer lehnten sie ab, und für die Reparationslasten rechneten sie auf eine mindestens spätere Bezahlung durch das Reich. Die Herren haben also 48 Stunden nach den ersten Verhandlungen mit der Reichsregierung in den Verhandlungen mit der Weimarer zum Ausdruck gebracht, daß sie auf eine spätere Zahlung durch das Reich rechneten. Wenn das Reich nicht in der Lage war, die Zahlungen zu leisten, so mußten sie eben das Risiko übernehmen, die Auslandskredite aus eigenen Mitteln zu decken, eventuell zusammenzubrechen, oder einen anderen Weg zu finden.

Am 28. November hat das Wiederaufbauministerium an die deutsche Kriegsalkotommission in Paris ein Schreiben gerichtet und hat dort zur Weitergabe an die Weimarer ebenfalls mitgeteilt, daß die Reichsregierung den Kohlensteuern gegenüber die Verpflichtung zum Ersatz der von ihnen übernommenen Verluste nach Ordnung der Reichsfinanzen unter der Voraussetzung auf Grund der Reparationskonten übernommen habe. Auch hier ist also der Weimarer gegenüber ganz klar und deutlich zum Ausdruck gekommen, daß das Reich die Verpflichtung zum Ersatz dieser Leistungen übernommen habe. Es war also gar kein Zweifel beim Wiederaufbauministerium möglich, daß es sich hier nicht handelte um irgendeine Zusage, um jemand etwas zu erleichtern, sondern um eine verbindliche Verpflichtung. Es handelte sich dabei auch um Summen, bei denen es klar war, daß sie auf die Dauer von den Beteiligten aus eigener Kraft nicht getragen werden konnten, und daß sich deshalb das Reich bei den damaligen Verhandlungen sagen mußte, daß es zu gegebener Stunde voranschreitlich in Anspruch genommen wurde.

In einer Sitzung des Wiederaufbauministeriums vom 18. Januar 1924 ist bereits die gesamte Belastung der Weimarer aus den Reparationsverträgen auf mehr als 50 Millionen im Monat geschätzt worden. Bei den ersten Verhandlungen, die wir mit der Sechserkommission geführt haben, haben wir alle unter dem Eindruck, daß die Verpflichtungen des Kohlenbergbaues mit dem 15. April ihr Ende finden würden, weil wir hofften, bis dahin so oder so zu einer anderen Art der vertragsmäßigen Reparationsleistung gekommen zu sein. Die Herren des Kohlenbergbaues haben aber schon vorher uns mitgeteilt, daß sie gar nicht mehr in der Lage wären, ihrerseits diese Leistungen aufrechtzuerhalten. Geheimrat Peter Rückert hat sich am 17. März an die Regierung gewandt, ob nicht durch das Reich die Kredite beschafft werden könnten, damit die Ausführungen der Weimarerträge noch auf einige Wochen nach dem 15. April erfolgen könnten.

Die Herren haben mitgeteilt, daß ihre Hoffnung auf ausländische Kredite sich nur zum Teil erfüllt habe, und daß sie vollkommen am Ende waren, wenn damals nicht schon direkt eine Mitwirkung des Reiches bei der Tagung der Weimarer erfolgt wäre. Am 10. April hat Reichskanzler Marx folgendes Schreiben an die Sechserkommission gerichtet:

Das Reich erkennt an, daß auch die Leistungen des Ruhrbergbaues nach dem 15. April 1924 einen Teil der Reparationsleistungen darstellen. Das Reich wird die Zahlungen leisten, sobald die Anleihenmittel dazu zur Verfügung stehen. Reichskanzler Marx hat die Leistungen der Reichsregierung davon abhängig gemacht, daß dem Reiche Anleihenmittel zur Verfügung ständen. Die Verhandlungen mit den Sachverständigen liegen uns ja damals schon erbittert, eine Anleihe für das Reich zu beschaffen.

In den Verhandlungen der Weimarer mit der Sechserkommission vom 9. April 1924 hat der französische Delegierte Franz die Leistungen des Ruhrbergbaues bereits auf 200 Millionen Goldmark geschätzt. Er hat erklärt, er lehne Erstattungen in bezug auf Kohlensteuer usw. ab, weil das Reich durchaus in der Lage sei, die Weimarerträge zu finanzieren und hat diese Stellungnahme geknüpft auf Mittelungen, die ihm zugegangen waren über den Stand der Finanzen, wahrscheinlich auf Grund irgend welcher Mittelungen, die er irgendwo aus dem Finanzministerium bekommen hätte. Es ist dann am 12. April die entscheidende Sitzung über die Fortsetzung der Weimarerträge gewesen. Dort ist jenes Communiqué herausgegeben worden, in dem gesagt wurde, die Entscheidung der Weimarer hätte eine neue Lage geschaffen, in der das Weimarerabkommen noch einmal verlängert werden könne, weil die Beschaffung von Mitteln aus Anleihen in Aussicht stünde. Wir wußten nicht, wie wir die Sache bis Ende August hinhinziehen sollten, da uns die Herren nach Meinung der Weimarer mit vollem Rechte erklärten, daß sie am Ende ihrer Kräfte wären.

Im Anschluß daran machte Dr. Stresemann einige vertrauliche Ausführungen und fährt dann fort: Am 30. Juli haben wir den Ruhrindustriellen den Betrag von 200 Millionen übergeben. Der Jhnen ja auch bekannt ist, um den Industriellen das längere Aushalten zu ermöglichen. Aus den ganzen Verhandlungen, aus dem Verlaufe der Industrie, die Verpflichtung des Reiches zu bezeugen, sie gewissermaßen zu lombardieren, um sich dadurch Kredite zu verschaffen, aus den Erklärungen gegenüber den französischen und belgischen Delegierten schon am 28. Oktober, aus jener Debatte zwischen den Franzosen und den deutschen Vertretern geht ein hervor:

Es handelte sich um vorerregte Reparationsleistungen des Deutschen Reiches, die das Deutsche Reich zu übernehmen hatte, die zu übernehmen es sich verpflichtet hat, sobald seine Finanzen in Ordnung waren. Hieraus ergibt sich für mich, daß das Reich auch eine privatrechtliche Bindung übernommen hat. Es ist auch in den Verhandlungen dieses Ausschusses davon gesprochen worden, daß ausstehend eine spezielle Ausschaltung der Sozialdemokratie angehörenden Mitglieder des Reichskabinetts bei dieser Frage stattgefunden hätte. Eine derartige Ausschaltung ist nicht erfolgt. Ich würde auch gar nicht den Grund für eine solche Ausschaltung verstehen, da in dem Prinzip der Anerkennung dieser Forderungen, daß alles getan werden müßte, um den Ruhrbergbau wieder in Gang zu bringen, das Kabinett vollkommen einig gewesen ist. Auch der Wiederaufbauminister Schmidt ist nicht etwa ausgeschaltet worden. Das ganze war doch eine Frage. Die Frage, mit der das Kabinett sich in jener Zeit auseinandersetzen zu befaßen hatte. Schon zwischen dem 20. Oktober und 1. November war eine Veranlassung in Dagen am 21. Oktober, in der wir damals noch andere Fragen der besetzten Gebiete behandelt haben. Nach diesen Verhandlungen haben Besprechungen in Anwesenheit der Minister Sollmann, Schmidt und Braun mit den Herren Stinnes und Böglert stattgefunden. Tugend im Grund, die sozialdemokratischen Minister auszuschließen, kann auch politisch gar nicht vorzulegen haben.

Dann wird Reichsfinanzminister v. Schlieffen darüber vernommen, wie die Erklärung gemeint war, die er als Staatssekretär im Außerordnungsamt am 24. September 1924 über die Finanzlage abgegeben hat. Er erklärte:

Es handelte sich damals nicht etwa um eine Antikommunikation der für einzelne Zwecke überhaupt noch bevorstehenden Gesamtausgaben, sondern um einen rohen Ueberblick über die im Jahre 1925 bevorstehenden Ausgaben. Damals wurde angenommen, daß über den Etat 1924 hinaus noch eine Summe von 100 Millionen im Jahre 1925 zur Deckung von Verpflichtungen aus der Abwicklung des Ruhrvertrages bezahlt werden müßte. Diese Summe sollte sich nicht allein auf die Weimarerlasten, sondern auf alle in Frage kommenden Schäden beziehen. Daß damit nicht der Gesamtbetrag der Weimarerlasten gemeint sein konnte, geht schon daraus hervor, daß damals bereits für diesen Zweck 200 Millionen geschätzt worden waren, und daß vier Wochen vorher schon Ministerialdirektor Dr. v. Brandt die Gesamtsumme der Weimarerlasten auf mindestens eine halbe Milliarde beziffert hatte. Bei der rohen Schätzung von 100 Millionen für 1925 hatte ich an die Weimarerlasten nicht gedacht, weil mir die Deckung dieser Lasten damals auf anderen Wegen versprochen wurden. Lange Zeit wurde der Gedanke erwogen, die Weimarerlasten auf den Weg der ausländischen Anleihe zu verweisen und vom Reich aus nur die Garantie der Verzinsung zu übernehmen, oder auf den Weg der Dawes-Anleihe. Darum spielten die Weimarerlasten bei der Schätzung der Summe von 100 Millionen für 1925 keine Rolle.

(Bei Schluß der Redaktion dauert die Sitzung noch an.)

Gegen den Anschluß Oesterreichs.

Paris, 4. Mai. Der Völkervertrag befaßt sich in seiner nächsten Sitzung mit dem Antrag einer Wacht, gegen die Wiederaufnahme der Anschlussagitation in Oesterreich gleichlautende Noten nach Wien und Berlin zu richten.

Der Durchbruch von Gorlice-Tarnow. 1915 — 2. bis 4. Mai — 1925.

Durch die Osterschlacht hatte das deutsche Besatzungskorps wohl den drohenden Einmarsch der Russen nach Ungarn verhindert, aber nicht ihre stark besetzten Stellungen in den Karpathen erschüttern können. Um die Ostfront durch eine schnelle Entscheidung zu entlasten und dadurch erhebliche österreichisch-ungarische Streitkräfte gegen Italien freizumachen, beschloß man die Entente nur noch eine Frage der Zeit sein konnte, entschlossen sich die Mittelmächte, in gemeinsamem Angriff die russischen Stellungen in Westgalizien in der Linie Gorlice-Tarnow zu durchbrechen und bis in die rückwärtigen Verbindungen der südlich anschließenden Karpathenfront vorzustoßen, so daß diese zwischen der Dula-Senke und dem Użoz-Passe bald unpassierbar werden mußte.

Mit dieser schwierigen Aufgabe wurde der in den polnischen Feldzügen besonders bewährte Oberbefehlshaber der 9. Armee, Generaloberst v. Mackensen, beauftragt. Als Generalstabschef war ihm Oberst v. Seckl, der jetzige Chef der Heeresleitung unserer Reichswehr, beigegeben, der die erfolgreichen Kämpfe des 8. Armeekorps bei Biala und Soissons in so glänzender Weise vorbereitet hatte.

Die neugebildete 11. Armee bestand aus vier deutschen an der Westfront bereits erprobten Armeekorps und dem 6. österreichischen Armeekorps unter General Frhrn. Krz von Straußenburg, das bereits nach der Schlacht bei Tannenberg seine Stellungen an der Viala eingenommen hatte. Die deutschen Truppen waren mehrere Wochen gründlich für ihre neuen Aufgaben geschult worden. Zahlreiche Uebungsmärsche hatten ihre durch den Stellungskrieg beeinträchtigte Marschfähigkeit wiederhergestellt. Eine für damalige Zeiten geradezu gewaltige Zahl von Geschützen, besonders schweren und schweren Kolibers, mit reichlicher Munition, war herangezogen. Zum ersten Male wurden Minenwerfer in größerer Anzahl verwendet.

Aber trotz der sorgfältigsten Vorbereitungen konnte ein Angriff gegen den an Zahl weit überlegenen Feind nur bei völliger Ueberausung Erfolg haben. Die seit Mitte April an allen Fronten in den Karpathen wie zwischen der Pilica und dem Nemen einsetzende lebhafteste Artillerie- und Patrouillentätigkeit lenkte die Aufmerksamkeit der Russen von der Durchbruchstelle ab. Das plötzliche Vorbrechen der Armeegruppe Rautenstein nach Kurland und Litauen täuschte sie völlig über die deutschen Absichten. Die Gefahr, daß der Feind durch seine in Polen wie in Galizien trefflich eingearbeitete Spionage das Eingreifen deutscher Truppen frühzeitig erfahren könnte, mußte durch möglichst späten Beginn des Anstosses der Jäger sowie durch schnellste Vorbereitung an Ort und Stelle beseitigt werden.

Ohne bedeutende Demmungen wurden die österreichischen Truppen aus ihren Stellungen abgelöst und nahmen ihre Plätze bei der 3. und 4. österreichischen Armee ein, die den Durchbruch Mackensens südlich und nördlich zu decken und zu unterstützen hatten. Am 30. April hatten die deutschen Divisionen ihren Aufmarsch in einer Breite von etwa 35 Kilometer vollendet und richteten sich in ihren Sturmstellungen ein, die Batterien, etwa 115 Geschütze, waren eingegraben. Auf dem rechten Flügel standen im Anschluß an das 10. österreichische Armeekorps zwischen der Sotoma und der Ropa, die unter Generalkommandant v. Knecht vereinigte 119. Infanteriedivision und die 5. bairische Infanteriedivision. Dem Städtchen Gorlice gegenüber folgte das 41. Reservekorps unter General v. Francois, alsdann die Oesterreicher und Ungarn. Den linken Flügel bildete an der Bielomahöhe das Gardekorps unter General Frhrn. v. Plettenberg, der gleichzeitig die Verbindung mit der auf dem linken Ufer des Dunajec stehenden und später auf Tarnow angefahren 4. österreichischen Armee bildete. Das 10. Armeekorps, unter General v. Emmich, stand vorläufig in Reserve.

Am 1. Mai nachmittags schossen sich die Batterien auf die feindlichen Stellungen ein. In den Feuerpannen schob sich die Infanterie an die Trichterrinne vor, durch die in der Nacht die Pioniere mehrere Gräben legten. Warm krachte die Sonne über Westgalizien, als am 2. Mai 6 Uhr früh plötzlich Tausende von deutschen Geschossen aller Kaliber in die russischen Stellungen jagten und dort Ueberraschung und Entsetzen hervorriefen; bald begannen auch die Minenwerfer ihr Zerstörungswerk. Um 10 Uhr früh wurde das Feuer nach rückwärts verlegt, unter donnerndem Hurra fürzte die Infanterie aus ihren Gräben vor, durchschritt die Hindernisse und drang in die feindlichen Gräben ein. Wohl gaben sich die Russen in Massen gefangen, an vielen Stellen aber kam es zu erbitterten Kämpfen. Erst am Abend war die erste russische Stellung genommen, stellenweise sogar auf 1 bis 2 Kilometer überschritten. 17 000 Gefangene, 15 Geschütze und 50 Maschinengewehre waren in den Händen der Sieger, deren eigene Verluste bei der Ueberraschung des Feindes verhältnismäßig gering waren.

Da weiter nördlich auch die Oesterreicher in wohl vorbereiteter Angriff den Dunajec überschritten und auf Tarnow Gelände gewonnen hatten, war die Grundlage für den Durchbruch gesichert.

In der Frühe des 3. Mai fanden die deutschen Truppen bei ihrem Vormarsch zunächst nur geringen Widerstand; lediglich auf dem rechten Flügel, dessen Führung mit dem Eintreffen der 20. Infanteriedivision General v. Emmich übernahm, mußten die Dörfer Wapienne und Wisusa mit dem Bajonett genommen werden. Erst als sich die Mitte und der